

Redebeitrag Gummersbach 25.2.2024

Liebe Demokratinnen und Demokraten!

Ich möchte ich euch zunächst auf eine kleine Zeitreise mitnehmen: Wir bleiben hier am Ort, Steinmüller spielt eine wichtige Rolle. Aber wir springen fast genau 104 Jahre zurück, Mitte März 1920.

Die Schrecken des ersten Weltkriegs waren nur etwas über ein Jahr her. Der Kaiser war abgesetzt, Deutschland war endlich eine Republik. Doch reaktionäre Militärs, Monarchisten und Nationalisten wollten sich nicht damit abfinden. Im März 1920 gab es einen Putsch, die Herren Kapp und Lüttwitz erklärten die gewählte Regierung für abgesetzt.

Truppen der Putschisten marschierten auch in Gummersbach auf und wollten den Machtanspruch der extrem Rechten durchsetzen. Sozialdemokraten und Gewerkschaften organisierten den Widerstand, riefen zum Generalstreik auf. Und jetzt kommt Steinmüller ins Spiel, genauer gesagt Carl Hugo Steinmüller, der sich neben seinen Aufgaben als Chef der größten Firma in Gummersbach auch in der liberalen Deutschen Demokratischen Partei engagierte. Er trat auf einer Versammlung des Aktionsausschusses, in dem Gewerkschafter, Sozialdemokraten und Sozialisten die Gegenwehr gegen Kapp koordinierten. Seine Rede dort ist überliefert. Zum Verständnis sei gesagt, dass Steinmüller, wenn er von Demokraten spricht, speziell die Mitglieder seiner Partei, der DDP meint. Also jetzt Originalton C.H. Steinmüller, März 1920: *„Wir Demokraten kämpfen Schulter an Schulter mit Ihnen als Sozialisten, und wir werden unsere ganze Kraft einsetzen, dass dieser Putsch niedergeworfen wird. ... Es geht nicht an, dass die Demokratie in unserem Vaterlande durch Reaktionäre zu Boden geworfen wird. ... Sie wissen, dass ich kein Socialist bin. Nach meiner Überzeugung wird der Socialismus die Welt nicht glücklich machen, nehmen Sie mir dieses freimütige Bekenntnis nicht übel, aber jetzt gilt es nicht, ob Socialist oder Demokrat, heute müssen wir uns als ... Brüder fühlen, die geschlossen einstehen für die Verfassung. Stehen wir zusammen, bis die Reaktionäre zu Boden geworfen sind, und stimmen Sie mit mir ein in den Ruf: Es lebe unsere freie Republik.“* Soweit Steinmüller im Jahr 1920.

Und ja: Es ist gelungen. Von den Steinbrucharbeitern und den Fabrikarbeitern bis zu den Schützenvereinen und den Dorf-Feuerwehren, gemeinsam zogen die Menschen einen Ring um die Putschisten-Truppen. Am Ende mussten die Kapp-Leute abziehen – mit unbrauchbar gemachten Waffen.

Wir wissen heute, dass die Weimarer Republik schließlich zugrunde gegangen ist, dass 1933 die Demokratie von den Stiefeln der SA zertrampelt wurde. Es gab viele Gründe, dass es so weit kommen konnte, einer der wichtigsten ist der, dass sich die Gegner der Nazis nicht einig waren, dass sie ihre Unterschiede stärker betonten als das Gemeinsame. Man kann ihnen zu Gute halten, dass sie sich zum größten Teil nicht vorstellen konnten, was es

bedeutet, wenn man den Faschisten die Macht überträgt. Es gab zu viele, die glaubten, es werde schon nicht so schlimm kommen, die Nazis würden sich selbst „entzaubern“, wenn sie an der Macht sind.

Die Folgen waren zu Hunderttausenden eingekerkerte und ermordete Demokratinnen und Demokraten, zig-Millionen Tote im zweiten Weltkrieg und Millionen bestialisch ermordete Jüdinnen und Juden.

Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen wurde vor 75 Jahren unser Grundgesetz formuliert. "Die Würde des Menschen ist unantastbar" steht direkt vornean, in Artikel 1. Da steht: "Die Würde des Menschen", nicht "Die Würde des Deutschen", denn die Menschenrechte gelten für alle, unabhängig vom Pass oder von der Herkunft. Dieser Satz schließt aus, dass in unserem Land Menschen wegen ihres Glaubens, ihrer Herkunft oder wegen ihrer Abstammung diskriminiert werden. Er bedeutet, dass Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rassismus und erst recht Faschismus in unserem Land keinen Platz haben.

Und jetzt wurde bekannt, dass die AfD und ihr Umfeld planen, Millionen Mitbürgerinnen und Mitbürger aus unserem Land zu deportieren. Das sind nicht die Ideen einzelner aus dem „wildem Osten“ – nein, zwei Damen von der Werteunion hier aus dem Oberbergischen waren dabei, als über die „Remigration“ – wie die Vertreibung genannt wird – beraten wurde, der in der Gemeinde Reichshof wohnende AfD-Bundestagsabgeordnete Eugen Schmidt bekennt sich dazu, der angeblich gemäßigte Landtagsabgeordnete Markus Wagner verlangt, dass Menschen mit ausländischen Wurzeln – auch wenn sie einen deutschen Pass haben – „assimiliert mit uns zusammenleben“ müssen, wenn sie nicht deportiert werden wollen.

Meine Enkelin Olivia ist 14. Sie geht in Köln zur Schule und ist, wie sich das für Teenager gehört, nicht völlig stromlinienförmig angepasst. Und sie spricht auch türkisch, damit sie sich mit „Anne-Anne“, ihrer türkischen Oma, verständigen kann. Soll demnächst irgendein „Remigrations-Beauftragter“ entscheiden, ob sie assimiliert genug ist, um von der Deportation verschont zu werden?

Nein, wir dürfen das nicht zulassen. Es ist wichtig, dass wir jetzt gemeinsam hier stehen. Jetzt, bevor die extrem Rechten wieder die Möglichkeit haben, Menschen abzuholen und zu deportieren. Dass wir jetzt gemeinsam unser Grundgesetz und unsere Demokratie verteidigen.

Es gibt Stimmen, die bei der Auseinandersetzung mit der AfD von einem Konflikt zwischen „links und „rechts“ reden, die extrem Rechte und ihre Gegner auf eine Stufe stellen und allgemein von „Extremismus“ sprechen. Dass das Unsinn ist, zeigt auch diese Kundgebung. Der Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rassismus und erst recht gegen Faschismus, eine im Wortsinne antifaschistische Grundhaltung – das ist keine Frage des „Linksextremismus“, sondern das ist eine Frage des Anstands. Das hat schon Marlene Dietrich damals mit dem Satz „Ich bin aus Anstand Antifaschistin geworden!“ auf den Punkt gebracht.

Vor uns liegt eine harte, anstrengende Zeit im Wahljahr 2024 und erst recht 2025. Wir müssen da durch. Und zwar gemeinsam! Parteien, Religionsgemeinschaften, Vereine - alle zusammen! Ohne Berührungsängste. Natürlich sollen und müssen wir um den richtigen Weg, um die richtige Politik streiten. Doch wir müssen dabei unsere Haltung wahren, wir müssen stets die Würde aller Menschen achten. Und niemals darf eine Partei in den Irrtum verfallen, man könne Wählerinnen und Wähler von den extrem Rechten zurückholen, wenn man die Parolen und die Forderungen der Hetzer als "Stimmen besorgter Bürger" übernimmt. So etwas adelt die rechte Hetze, erhebt sie in den Rang des Sagbaren und Diskussionswürdigen. Konkret: Wer das Gerede von einer „Migrationskrise“ übernimmt, der nimmt den Menschen, die vor Krieg und Unterdrückung fliehen müssen, die Würde, indem er sie als Ursache einer Krise bezeichnet und sie verantwortlich macht für die Probleme in unserem Land. Wir müssen und sollen darüber streiten, wie wir die Probleme lösen, aber wir müssen gemeinsam eine menschenwürdige Lösung finden und können auch das Geld dafür auftreiben, wenn wir konstruktiv zusammenarbeiten. Das ist schwer, aber das ist Demokratie! Wir brauchen einen langen Atem. Aber ich zähle auf euch!

Lasst mich schließen mit einem Zitat von Gerhart Baum aus einem Interview, dass er vor einem halben Jahr dem Kölner Stadt-Anzeiger gegeben hat:

„Ich neige zum Alterszorn. Aber um das auch klar zu sagen: Ich bin trotz aller Warnungen nicht ohne Hoffnung für unsere Demokratie. Wir sind stark. Wir müssen diese Stärke nur entwickeln. Es gibt die Menschen, die bereit sind, die Demokratie zu verteidigen. Wir müssen sie nur aufmerksam machen, dass der Punkt erreicht ist. Wir schaffen das. Aber wir müssen kämpfen!“

Wenn ich mich hier umsehe, wenn ich an die Kundgebungen und Demonstrationen der letzten Wochen denke, dann muss ich Gerhart Baum recht geben:

Ja, es gibt die Menschen, die bereit sind, die Demokratie zu verteidigen. Und ihr habt erkannt, dass der Punkt erreicht ist. Ich danke euch dafür!